



Gemeinsame Erklärung des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ zur Stärkung des Industriestandortes Deutschland und Europa

Die Corona-Krise ist ein tiefer Einschnitt für große Teile der Industrie in Deutschland und Europa, in einer Zeit, in der sich die Industrie ohnehin in einem tiefgreifenden Strukturwandel befindet. Nun kommt es darauf an, Investitionen, Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen, Wettbewerbsfähigkeit und die wirtschaftliche Dynamik in Europa langfristig zu stärken. Die Industrie ist zentrale Grundlage einer nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungsstrategie zur Überwindung der Pandemiefolgen.

Je länger die Rezession andauert, desto größer ist die Gefahr, dass neben einem drohenden Arbeitsplatzabbau gerade die für Zukunftsfähigkeit so wichtigen Investitionen zurückgestellt oder möglicherweise ganz aus den Unternehmensplanungen herausgenommen werden. Um die Attraktivität der deutschen Wirtschaft für Investitionen mittel- und langfristig zu erhöhen, sieht das Bündnis „Zukunft der Industrie“ den Bedarf für weitere Maßnahmen mit langfristiger Wirkungsperspektive. Nur so können der Wohlstand und industrielle Arbeitsplätze in unserem Land langfristig erhalten, der ökologische Wandel unterstützt und das Ziel einer dauerhaften Beschäftigungssicherung erreicht werden. Die Corona-Krise hat die bestehenden strukturellen Defizite schonungslos aufgedeckt und den Handlungsbedarf für eine Stärkung der Investitionsbedingungen verdeutlicht. Maßnahmen zur Förderung von Technologien kommt dabei eine zentrale Rolle zu. Technologien, die langfristige Wachstumszyklen generieren und in die Breite wirken, entscheiden mit darüber, ob wir Wohlstand und Beschäftigung sichern und ausbauen können. Aufgabe der Unternehmen ist es, sich dem Wettbewerb in diesen Technologiefeldern zu stellen.

Aus Sicht des Bündnisses „Zukunft der Industrie“ sind daher insbesondere nachfolgende Punkte für eine zukunftsfähige Industrie in Deutschland und Europa zentral.

Industriestandort stärken

1. Industrie in der Corona-Krise stärken

Nach den Erfahrungen in der Corona-Krise ist es aus Sicht des Bündnisses essenziell, dass für eine größere Resilienz der Produktion eine Diversifizierung der Lieferketten durch mehrere Lieferanten an unterschiedlichen Standorten ermöglicht werden sollte. So kann beim Ausfall von Lieferungen leichter auf alternative Anbieter ausgewichen werden. Gleichzeitig werden durch diversifizierte Lieferketten die europäischen Partner mit ihren Zulieferern für die deutsche Industrie und den Nachfragern nach deutschen Produkten sowie der europäische Produktionsverbund im internationalen Wettbewerb gestärkt.

2. Akzeptanz der Industrie erhöhen

Das breit aufgestellte Bündnis „Zukunft der Industrie“ mit seinem Netzwerk aus 17 Partnern wird weiterhin aktiv dafür eintreten, die Akzeptanz für die Industrie und Game-Changer-Technologien in der Bevölkerung zu stärken.

Das Bündnis appelliert an die Unternehmen und relevanten industriepolitischen Akteure auf regionaler Ebene, das Gespräch mit den gesellschaftlichen Akteuren vor Ort zu führen, um über die Industrieproduktion in Deutschland zu informieren und damit gleichermaßen Akzeptanz und Interesse junger Menschen für eine attraktive berufliche Tätigkeit in der Industrie zu schaffen.

3. Fachkräfteoffensive voranbringen

Viele Unternehmen sind bereits von einem Mangel an Fachkräften betroffen. Aus Sicht des Bündnisses ist es entscheidend, hier aktiv gegenzusteuern, um mit einer starken Fachkräftebasis auch die zukünftigen Anforderungen an die Industrie bewältigen zu können. Im gesamten Bildungsbereich fordert das Bündnis strukturelle Verbesserungen. Dazu gehört neben der Infrastruktur vor allem auch ein Ausbau der sozialen und digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer. Zudem kommt es darauf an, die Modernisierung dualer Ausbildungsberufe in der Zukunft noch konsequenter zu nutzen, um Veränderungen in der Berufspraxis nachzuvollziehen und die Ausbildungskapazitäten in den Unternehmen zu erhalten. Die Unternehmen müssen sich auf den demografischen Wandel sowie auf eine wachsende Fachkräfteknappheit einstellen und die Qualifizierung älterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter organisieren. Die derzeit verfügbaren Beratungs- und Förderangebote müssen auch in Zukunft gut zugänglich, am Praxisbedarf der Unternehmen und an der Lebensrealität der Beschäftigten ausgerichtet sein. Um geeignete Weiterbildungsmaßnahmen identifizieren und durchführen zu können, ist eine verlässliche Personalplanung in den Unternehmen anzustreben.

4. Investitionen und Finanzierungsbedingungen weiter verbessern

Die degressive Abschreibung für Investitionsgüter, z. B. digitale Technologien und Klimainvestitionen, sollte dauerhaft eingeführt werden, um so gezielte Anreize für Investitionen in Zukunftstechnologien zu setzen. Dabei muss wirksam verhindert werden, dass Mitnahmeeffekte oder unerwünschte Folgewirkungen auftreten. Zudem spricht sich das Bündnis für weitere Verbesserungen bei der steuerlichen Verlustverrechnung in Krisensituationen aus, die die Betriebe in der aktuellen Lage erheblich stärken würden. Zudem sollte die Abschreibung für geringwertige Wirtschaftsgüter durch eine temporäre Anhebung der Grenze für eine Sofortabschreibung weiter verbessert werden. Nach Überwindung der coronabedingten Rezession besteht anhaltender Bedarf für eine Steigerung der öffentlichen Investitionen, um eine attraktive Infrastruktur dauerhaft zu sichern.

5. Infrastruktur ausbauen und Verfahren beschleunigen

Das Bündnis fordert, die konsequente und schnelle Umsetzung der zentralen Verkehrsinfrastrukturvorhaben des Koalitionsvertrags und des Konjunktur- und Zukunftspaketes der Bundesregierung weiter voranzutreiben. Darüber hinaus hält es das Bündnis für notwendig, zügig die notwendigen Gesetzgebungsvorhaben voranzutreiben, die den flächendeckenden Ausbau der Gigabitnetze erleichtern und beschleunigen sowie die Anforderungen an die Sicherheit von ITK-Netzen festlegen. Insbesondere Projekte im gesamtstaatlichen Interesse und von überregionaler Bedeutung sollen z. B. auch durch Maßnahmengesetze beschleunigt werden.

Europas Industriestrategie weiterentwickeln

6. Anspruchsvolle Zielsetzung für EU-Industriepolitik erarbeiten

Die EU-Industriestrategie sollte an einer anspruchsvollen Zielsetzung für die europäische Industrie ausgerichtet werden. Die industrielle Wertschöpfung und Beschäftigung müssen aus der digitalen und ökologischen Transformation gestärkt hervorgehen. Die in der Strategie formulierten Ziele sollten zudem durch Indikatoren ergänzt werden, die ein Monitoring der industriellen Entwicklung in Europa im globalen Vergleich ermöglichen. Die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der europäischen Industrie sollten auch durch eine Stärkung der wesentlichen Elemente des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells sichergestellt werden.

7. Perspektive der Beschäftigten in der EU-Industriestrategie verankern

Innovationen und Wertschöpfung entstehen in den Köpfen und durch die Hände der Beschäftigten. Eine europäische Industriestrategie kann nur Erfolg haben, wenn sie zum Ziel hat, das Potenzial von Beschäftigten durch gute Arbeitsplätze und -bedingungen, hohe Produktivität und Qualifizierung für den Erfolg der europäischen Industrie nutzbar zu machen. Ziel einer europäischen Industriestrategie sollte es daher auch sein, den finanziellen Rahmen der bestehenden ESF-Sozialpartnerrichtlinie zur Qualifizierung und Fachkräftesicherung auszuweiten.

8. Technologische Souveränität und ökologische Transformation stärken

Die EU sollte die technologische Souveränität und die „open strategic autonomy“ der europäischen Industrie stärken, bestehende Programme zu europäischen Wertschöpfungsnetzwerken verbessern und neue Fördermöglichkeiten vor allem für Transformationstechnologien im Klimaschutz und bei der Digitalisierung schaffen. Die notwendigen Mittel für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die zwei Schwerpunkte müssen im Mehrjährigen Finanzrahmen, in InvestEU und in der Strategie für nachhaltige Finanzierung in Programmen der europäischen Institutionen fest verankert werden.

Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz miteinander verbinden

9. Green Recovery Plan vorlegen

Der European Green Deal muss Klimaschutz und Transformation zur zentralen Leitlinie in der europäischen Politik machen. Die Finanzierung von Klimapolitik muss stärker ins Zentrum gerückt werden. Die Europäische Kommission soll deshalb in den nächsten Jahren den europäischen Regulierungsrahmen, v. a. auch im Kontext der EU-Beihilferegulungen, weiterentwickeln und an die neuen europäischen Klimaziele anpassen. Der Industriepolitik kommt in diesem Prozess die Aufgabe zu, die richtigen Weichen für den verstärkten Umstieg auf nachhaltige Technologien und Wertschöpfungsketten zu stellen. Dazu gehört die Förderung von Innovationen und Investitionen in Forschung ebenso wie die Entwicklung eines verlässlichen Marktrahmens für die Skalierung neuer Technologien. Die Maßnahmen im Zukunftspaket sind hierbei positiv zu bewerten, müssen aber rasch weiterentwickelt und ausgeweitet werden.

Mit der nationalen und der europäischen Wasserstoffstrategie werden wichtige Impulse gesetzt. Es muss sowohl Forschung und Entwicklung als auch Produktionsstandorte in Deutschland geben.

10. Ausbau erneuerbare Energien vorantreiben

Erneuerbare Energien sind die Basis für eine klimaneutrale Industrie. Eine nachhaltige industriepolitische Strategie muss für einen verlässlichen und zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland und in Europa sorgen.

Die im Konjunktur- und Zukunftspaket der Bundesregierung beschlossene Deckelung der EEG-Umlage war ein richtiger Schritt und angesichts der erwarteten coronabedingten Steigerung der EEG-Umlage im Jahr 2021 dringend geboten. Um die Sektorkopplung und klimafreundliche Geschäftsmodelle voranzutreiben, müssen weitere Schritte zu einer Reform der EEG-Umlage und der Abgaben und Umlagen auf Energiepreise zügig entwickelt und umgesetzt werden.

Mitglieder des Bündnisses Zukunft der Industrie sind

der Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK), der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB), Gesamtmetall, IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU), IG Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE), die IG Metall (IG Metall), die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Verband der Chemischen Industrie (VCI), der Verband der Automobilindustrie (VDA), Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), die Wirtschaftsvereinigung Stahl (WV Stahl), der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie (ZVEI).

Gemeinsames Ziel ist es, den Industriestandort Deutschland zukunftsfähig zu gestalten, die Beschäftigung in der Industrie zu erhalten und weiterzuentwickeln, die Industrieakzeptanz zu steigern und die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken.

Das Bündnis „Zukunft der Industrie“ wird zukünftig auch als Plattform agieren.

Der Zukunftsdialog soll so intensiviert und in der Federführung der jeweiligen Mitglieder stärker dezentral sowie regional strukturiert werden. Die Mitglieder werden dazu im Rahmen von Online- und Eventformaten in vielfältiger Form zum Zukunftsdialog einladen. Der Aktionszeitraum des bisherigen erfolgreichen Formates „Woche der Industrie“ soll auf das ganze Jahr verteilt werden.

Der DIHK macht sich Aussagen des Bündnisses zu Arbeitsrecht und Sozialpolitik nicht zu eigen, da diese Themen nicht zu seinen satzungsgemäß definierten Aufgaben zählen.